

Ressort: Politik

Union und SPD wollen die digitale Kompetenz der Schüler stärken

Berlin, 24.03.2015, 01:00 Uhr

GDN - Die große Koalition will nach Informationen der "Süddeutschen Zeitung" (Dienstausgabe) die digitale Bildung an den deutschen Schulen verbessern. Die Fraktionen von Union und SPD haben sich deshalb auf einen gemeinsamen Antrag verständigt, den sie an diesem Donnerstag in den Bundestag einbringen wollen.

Die Koalition reagiert damit auch auf die ernüchternden Ergebnisse der "International Computer and Information Literacy Study" (ICILS), deren Ergebnisse Ende 2014 veröffentlicht wurden. In der internationalen Studie über die Kompetenzen von Schülern im Umgang mit Computern schneiden die deutschen Schüler nur mittelmäßig ab. Innerhalb der EU-Staaten liegen sie sogar unterhalb des Durchschnitts. Außerdem sind die Ergebnisse von Kindern aus ärmeren Verhältnissen und aus Migranten-Familien besonders schlecht. Der Antrag der beiden Koalitionsfraktionen trägt deshalb den Titel: "Durch Stärkung der Digitalen Bildung Medienkompetenz fördern und digitale Spaltung überwinden". In dem Antrag, der der SZ vorliegt, heißt es, das schlechte Abschneiden in der Studie stehe "im Widerspruch zum Anspruch Deutschlands, eine fortschrittliche Bildungsnation zu sein". Bisher spielten der Umgang mit dem Internet und die Arbeit mit digitalen Lernmaterialien im Unterricht leider "oft noch eine eher untergeordnete Rolle". Union und SPD wollen das ändern. Sie haben sich deshalb auf einen Forderungskatalog an die Bundesregierung verständigt. Die beiden Fraktionen verlangen unter anderem einen Breitbandanschluss für alle Schulen, ein bildungsfreundliches Urheberrecht als Grundlage für eine digitale Lehrmittelfreiheit sowie einen "Pakt für Digitale Bildung". Mit diesem Pakt sollen "die unterschiedlichen Aktivitäten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gebündelt" werden, um die digitale Ausstattung und Infrastruktur der Schulen zu verbessern. Außerdem sollen "didaktisch sinnvolle Projekte" genauso unterstützt werden wie Schüler, die sich aus finanziellen Gründen kein eigenes "digitales Endgerät" anschaffen können. Wegen der Kulturhoheit der Länder und des Kooperationsverbots hat der Bund aber nur begrenzte Möglichkeiten, direkt aktiv zu werden. Deswegen regen die beiden Koalitionsfraktionen den Abschluss eines Länderstaatsvertrags an. In diesem soll dann "die Förderung eines zeitgemäßen und altersgerechten Informatikunterrichts ab der Grundschule", eine bessere Aus- und Fortbildung der Lehrer sowie die Entwicklung bundeseinheitlicher Mindeststandards "zur digitalen Informations- und Medienkompetenz für die unterschiedlichen Altersstufen" der Schüler vereinbart werden. In dem Antrag heißt es, das "Verständnis der Informatik und der Logik von Algorithmen als der Sprache der digitalen Welt" sei für einen selbstbestimmten Umgang mit der Digitalisierung von herausragender Bedeutung. Wichtig ist den beiden Fraktionen, dass die digitalen Lerninhalte "fächerübergreifend und verpflichtend" in den Bildungsplänen aller Schulstufen verankert werden. Nur dadurch lasse sich "eine breite und vertiefte und damit nachhaltige Medienbildung" erreichen. Berichterstatterin für den Antrag ist die SPD-Bildungspolitikerin Saskia Esken. Für die Union ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Sven Volmering zuständig. Volmering sagte der "Süddeutschen Zeitung", die digitale Bildung werde "noch viel zu sehr als Orchideenthema gesehen". Deutschland habe hier "einen enormen Aufholbedarf". Viele wollten die Relevanz des Themas noch immer nicht wahrhaben. "Wir reden ständig über die Bedeutung von Datensicherheit oder von Industrie 4.0", sagte Volmering. Für beides sei aber eine gute Basis an digitaler Bildung notwendig. Die Koalition wolle deshalb "die Lebensrealität in die Schulen holen". Anlass für den Antrag war neben der internationalen Vergleichsstudie auch der Koalitionsvertrag. Darin hatten Union und SPD Ende 2013 angekündigt, "die Medienkompetenz junger Menschen zu steigern, um sie zu einem sicheren und verantwortungsbewussten Umgang mit dem Internet zu emanzipieren".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-51884/union-und-spd-wollen-die-digitale-kompetenz-der-schueler-staerken.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt

lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619